

Der Ton wird schriller

Bei den Klimaverhandlungen in Tianjin beharren sich die USA und Gastgeber China

CHRISTIAN MIHATSCH

An der letzten Verhandlungsrunde vor dem Klimagipfel in Cancún bringen sich China und die USA für den Fall des Scheiterns eines Abkommens in Stellung.

Während sich die Klimakonferenz in Tianjin dem Ende zuneigt, nutzen die USA und China vermehrt die Medien, um ihren Standpunkt zu festigen. Den Anfang hat der US-Chef-Unterhändler Jonathan Pershing gemacht. In einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz am Mittwochabend forderte er die grossen Entwicklungsländer auf, internationalen Kontrollen ihrer Klimaschutzmassnahmen zuzustimmen – eine altbekannte US-Position.

Aber dann kam die Drohung: «Die Konsequenzen eines Misserfolgs in Cancún sind etwas, worüber man sich Sorgen machen sollte. Dies könnte bedeuten, dass wir nicht mehr alleine auf die UNO-Verhandlungen setzen.» Kurz, die USA drohen, sich teilweise aus den Klimaverhandlungen zurückzuziehen, und bereiten den Boden vor, um China dafür die Schuld geben zu können, denn China ist das Land, das am vehementesten gegen Kontrollen kämpft.

Der Leiter der chinesischen Delegation, Xie Zhenhua, liess daraufhin keinen Zweifel daran, was er von der US-Position hält: «Ein Industriestaat, dessen Namen ich jetzt nicht nenne, hat seinen Job nicht getan. Er stellt anderen Ländern weder Geld noch Technologie zur Verfügung, und doch verlangt er von ihnen, dass sie sich einem strikten Kontrollregime unterwerfen. Das ist empörend, völlig inakzeptabel.» Der chinesische Unterhändler wiederholt hier eine altbekannte chinesische Position: Kontrollen soll es nur für Klimaschutzmassnahmen geben, die finanziell von den Industriestaaten gefördert werden. Massnahmen, die China freiwillig ergreift und auch selber bezahlt, sollen also keiner Aufsicht unterliegen.

ABLENKUNGSMANÖVER. Sowohl die amerikanische als auch die chinesische Position kennt man bereits vom letzten Klimagipfel in Kopenhagen. Der vordergründige Gegenstand des Streits ist also nicht neu. Umso erstaunlicher sei es, dass er derart vehement über die Medien ausgetragen wird, sagt Wendel Trio von Greenpeace. Das Third World

Network und andere Nichtregierungsorganisationen vermuten daher, dass es den USA um etwas anderes geht: «Die amerikanische Innenpolitik verhindert derzeit, dass die USA beim Kampf gegen den Klimawandel eine globale Führungsrolle einnehmen. Die Obama-Regierung muss aufhören so zu tun, als könne sie führen, und sie darf nicht länger versuchen, den Rest der Welt auf ihr niedriges Niveau hinunterzuziehen.» Kurz, die Dritt-Welt-Organisationen vermuten, dass der Streit mit China davon ablenken soll, dass die USA immer noch kein Klimagesetz haben.

Gestritten wird aber nicht nur in den Medien, sondern auch hinter verschlossenen Türen. So beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe, die eigentlich über die Zukunft des Kyoto-Protokolls verhandeln sollte, mit der Frage, ob sie das überhaupt darf. Die Gruppe besteht seit drei Jahren. Eigentlich sollte den Beteiligten inzwischen klar sein, wofür sie zuständig sind. Aber auch hier hat der Streit eine taktische Bedeutung. Das Kyoto-Protokoll verpflichtet die Industriestaaten zu Emissionssenkungen bis 2012 – was danach kommt, wird der-

zeit verhandelt. Es zeichnet sich aber ab, dass am 1. Januar 2013 noch keine neuen Verpflichtungen in Kraft sind. Nun stellt sich die Frage: Wem wird vor der Weltöffentlichkeit dafür die Schuld in die Schuhe geschoben?

ENTSCHEIDE IM HINTERZIMMER. Die beschriebenen Streitigkeiten (und einige andere) dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch echte Fortschritte gemacht werden. So wird derzeit eine Liste diskutiert, die zeigt, was bei der Klimakonferenz in Cancún im Dezember verabschiedet werden kann. Hier geht es darum, ein Bündel von Entscheidungen zu schnüren, das in sich ausgewogen ist und eine solide Grundlage für die Verhandlungen im kommenden Jahr bietet – denn noch ist das allgemeine Ziel, im Dezember 2011 in Südafrika ein umfassendes Klimaabkommen zu verabschieden. Der etwas schrillere Ton bei den Verhandlungen ist daher nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen. Er könnte auch ein Hinweis darauf sein, dass im Hintergrund tatsächlich Entscheidungen getroffen werden.

nachrichten

Erste Panne für Schlichter Geissler

STUTTGART. Nach der Verwirrung über seine Zusage eines Baustopps beim umstrittenen deutschen Bahnprojekt Stuttgart 21 ist der Vermittler Heiner Geissler nun auf die Linie von Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus eingeschwenkt. Aus Geisslers Sicht reicht es nun aus, wenn während der Schlichtung nur ein Grossteil der Bauarbeiten ausgesetzt wird. Die Gegner des Projektes lehnen das ab. DPA

Nur eine Wohnung pro Familie in China

SHANGHAI. Nach der Ein-Kind-Politik hat China in Shanghai nun auch die Eine-Wohnung-Politik eingeführt. Die Stadtverwaltung informierte die Bürger am Donnerstag, dass «eine Familie in Shanghai, unabhängig ob einheimisch oder auswärtig, nur eine Wohnung erwerben kann». Begründet wurde der Schritt mit der Notwendigkeit, die «irrationale Nachfrage» nach Eigentumswohnungen zu dämpfen. SDA

UNO kritisiert Asyldebatte in Europa

GENÈVE. Der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres, hat den «exzessiven Alarmismus» in den europäischen Staaten bei der «oft irrationalen» Asyldebatte kritisiert. Er rief zu einer gerechteren Verteilung der Lasten zwischen Entwicklungs- und Industrieländern auf. Die Entwicklungsländer hätten 80 Prozent der 15,2 Millionen Flüchtlinge in der Welt aufgenommen, sagte Guterres. DPA

Sarkozy spricht sich mit dem Papst aus

ROM. Papst Benedikt XVI. hat den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy am Freitag zu einer ungewöhnlich langen Privataudienz empfangen. 33 Minuten dauerte das Gespräch unter vier Augen, das der Papst mit dem Staatschef im der Bibliothek des Apostolischen Palastes führte. Wegen der Roma-Ab-schiebungen vom Papst indirekt kritisiert, hatte Sarkozy um diese Aussprache mit Benedikt XVI. gebeten. Er kam allerdings 20 Minuten zu spät zu der Audienz. SDA

Afghanischer Gouverneur getötet

KABUL. Die Sicherheitslage in Nordafghanistan spitzt sich weiter zu: Einen Tag nach einem schweren Selbstmordattentat auf eine Patrouille der deutschen Bundeswehr in Baghlan wurde der Gouverneur der Unruheprovinz Kundus bei einem Bombenanschlag auf eine Moschee getötet. Mit ihm wurden mindestens elf weitere Menschen in den Tod gerissen. DPA

Erneuter Wechsel in Obamas «Politbüro»

Der US-Präsident tauscht seinen Sicherheitsberater aus

DIETMAR OSTERMANN, Washington

Das Stühlerücken im Weissen Haus geht weiter: Als neuen Sicherheitsberater stellte US-Präsident Barack Obama gestern Thomas Donilon vor. Der bisherige Stellvertreter ersetzt Ex-General James Jones.

Der Wechsel an der Spitze des wichtigen National Security Council kam nicht überraschend, liess in Washington gleichwohl aufhorchen. Mit James Jones verlässt bereits der fünfte ranghohe Beamte binnen weniger Monate das Weisse Haus. Erst vorige Woche war Stabschef Rahm Emanuel zurückgetreten, um sich in Chicago für das Amt des Bürgermeisters zu bewerben.

Der frühere Nato-Oberkommandierende Jones hingegen dürfte wieder in den Ruhestand treten, aus dem Barack Obama ihn Anfang 2009 nach Washington zurückgeholt hatte. Damals brauchte der neue Präsident den hoch angesehenen Marineinfanteristen nicht zuletzt als Brücke zum Militär. Dort traf Obamas Wahlverspre-

chen, den Krieg im Irak zu beenden, auf starke Skepsis. Jones, der lieber Aussenminister geworden wäre, bat sich als Sicherheitsberater weitreichende Vollmachten aus. Erstmals wurde das Gremium auch für Bedrohungen jenseits der klassischen Sicherheitspolitik zuständig, etwa den Klimawandel. Doch im Weissen Haus galt Jones schon bald als isoliert. Zu blass, zu passiv, nicht strategisch genug im Denken, lauteten anonym gestreute Vorwürfe. Neben den Schwergewichten Hillary Clinton und Robert Gates im Aussen- und Verteidigungsministerium spielte Jones eher den Libero der US-Sicherheitspolitik als deren Vordenker. Vor allem während der Afghanistan-Debatten, als die Generäle im Pentagon Obama Ende 2009 zu einer massiven Truppenverstärkung drängten, zog sich der Sicherheitsberater offenbar zudem das Misstrauen einiger enger Berater des Präsidenten zu. Jones wiederum spottete über Obamas «Politbüro».



Dornig. Barack Obama tritt aus dem Rosengarten des Weissen Haus, im Schlepptau sein am Freitag geschasster Sicherheitsberater James Jones und Nachfolger Thomas Donilon. Foto Keystone

Unter Nachfolger Thomas Donilon (55) dürften derlei Reibereien der Vergangenheit angehören. Der bisherige Jones-Stellvertreter gilt als bestens vernetzt im Weissen Haus. Der gelernte Jurist und frühere Stabschef von Aussenminister Warren Christopher hatte Obama schon während der Debatten im Präsidentschaftswahlkampf beraten und später im Übergangsteam geholfen, die aussenpolitische Mannschaft zusammenzustellen.

Donilon gilt als enger Vertrauter von Vizepräsident Joe Biden, einem ausgewiesenen Kritiker der Truppenverstärkung am Hindukusch. Laut Starreporter Bob Woodward teilt Donilon diese Skepsis. Mit Verteidigungsminister Gates hatte er sich demnach wiederholt heftig gekracht.

DISTANZ ZUM MILITÄR. Nun könnte Donilon bei der für Dezember angekündigten Überprüfung der Afghanistan-Strategie eine entscheidende Rolle spielen. Dabei geht es auch darum, wie schnell und in welchem Umfang US-Truppen ab Juli 2011 abziehen. Kurz vor dem neuen Showdown um die Kriegsstrategie scheint Obama jene gestärkt zu haben, die eher früher als später rauswollen aus Afghanistan. Zumindest hat er den treuen Soldaten Jones durch einen Mann ersetzt, der eher für eine neue Distanz zwischen Präsident und Militär steht.

ANZEIGE

Pensionskasse

Wann beziehe ich das Kapital?

Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Ihre neuen Ziele sind ein sicheres Einkommen und ein sorgfältiger Umgang mit Ihrem Vermögen. Geldanlagen, Pensionskasse, Hypotheken, Steuern und Versicherungen: Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Stellen Sie jetzt die Weichen für eine gesicherte Zukunft: Eine Standortbestimmung hilft, richtig zu entscheiden.

Pensionierung planen: VZ VermögensZentrum | Eine unabhängige Beratung zahlt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist für Sie kostenlos und verpflichtet Sie zu nichts.

Talon bitte senden an:
VZ VermögensZentrum, Aeschengraben 20, 4051 Basel, Tel. 061 279 89 89

Antworttalon

Ja, Ihre unabhängige Meinung interessiert mich.

Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.

Senden Sie mir Ihr Merkblatt zum Thema

Pensionierung planen Häuser finanzieren Erben und Schenken

Geld anlegen Steuern sparen Vermögensverwaltung

Name, Vorname Jahrgang

Strasse

PLZ, Ort

Tel. P. Tel. G.



Aarau | Basel | Bern | Genève | Lausanne
Liestal | Luzern | St. Gallen | Zug | Zürich
www.vermoegenszentrum.ch